



Geschäftsführung Integrationsrat

Frau Ehinger

Telefon: (0221) 0221/221-29580

Fax: (0221) 0221/221-29166

E-Mail: Simone.Ehinger@STADT-
KOELN.DE

Datum: 20.10.2016

Niederschrift

über die **Sitzung des Integrationsrates** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 29.08.2016, 15:00 Uhr bis 18:15 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Ahmet Edis GOL Vertretung für den Vorsitzenden Herrn Keltek

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Antonella Giurano	Italiani per Colonia
Frau Figen Maleki Balajou	LiL
Herr Eli Abeke	BÜNDNIS 14
Herr Ahmet Altinova	KL
Herr Mehmet Akif Ayata	Mevlana
Herr Nebil Bayrakcioglu	GK
Frau Barbara Brunelli	GOL
Frau Vilma Ecken	LiL
Herr Ali Esen	LB
Herr Eugen Litvinov	
Herr Stefan-Lazar Mitu	INK
Frau Stella Shcherbatova	Einheit
Herr Silvio Vallecoccia	Italiani per Colonia
Herr Christian Joisten	SPD
Herr Malik Karaman	SPD
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Herr Martin Erkelenz	CDU
Frau Ira Sommer	CDU
Frau Marion Heuser	GRÜNE
Herr Firat Yurtsever	GRÜNE

Frau Güldane Tokyürek DIE LINKE

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Gabriele von Dombois Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Petra Hovi Agentur für Arbeit
Herr Claus-Ulrich Pröbß Förderverein Kölner Flüchtlingsrat e.V.
Frau Ulrike Rommel Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Mittelrhein e.V.

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Sevil Inal KL Vertretung für Frau Coban
Herr Franz-Josef Legewie TSD Vertretung für Herrn Keltek
Herr Stephan Pohl CDU Vertretung für Herrn Dr. Elster
Frau Tülay Yavuz TSD Vertretung für Herrn Özkücük

Verwaltung

Frau Dagmar Dahmen Ausländerbehörde (323)
Frau Susanne Kremer-Buttkereit Verwaltung - Kommunales Integrationszentrum (5001/1)

Frau Nina Rehberg Verwaltung - Diversity (5001)

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Tayfun Keltek TSD Vertretung als Vorsitzender durch Herrn Edis,
Vertretung durch Herrn Legewie als Mitglied
Frau Ebru Coban KL Vertreten durch Frau Inal
Frau Jaklin Chatschadorian CI
Herr Abdullah Aydik DEIN KÖLN
Frau Gülgün Durdu DEIN KÖLN
Herr Dr. Zülfükar Genc BIG
Herr Turan Özkücük TSD Vertretung durch Frau Yavuz
Herr Ibrahim Toure LiL
Herr Dr. Ralph Elster CDU Vertretung durch Herrn Pohl
Frau Katja Hoyer FDP entschuldigt

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Martina Domke Diakonisches Werk
Frau Öznur Naz Der Paritätische Wohlfahrtsverband
Frau Susanne Rabe-Rahman Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Herr Erkan Zorlu Deutscher Gewerkschaftsbund entschuldigt

Verwaltung

Herr Andreas Vetter

Verwaltung - Geschäftsführung Integrationsrat (5001/1)
entschuldigt

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Integrationsrates.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erinnert Herr Edis an die Opfer des Erdbebens in Italien am 24.08.2016 und die Mitglieder des Integrationsrates erheben sich für eine Schweigeminute.

Im Anschluss daran begrüßt der stellvertretende Vorsitzende Herr Edis den neuen Beigeordneten für Soziales, Integration und Umwelt, Herrn Dr. Rau.

Herr Dr. Rau begrüßt die Mitglieder des Integrationsrates und berichtet, dass er sein Amt als sog. Quereinsteiger aufgenommen hat und vorher als Vorstand bzw. Vorstandsvorsitzender eines Trägers sozialer Einrichtungen tätig war. Er erläutert seine Beweggründe für die Bewerbung auf die Stelle des Beigeordneten des Dezernats Soziales, Integration und Umwelt und teilt mit, dass er sich auf gute Zusammenarbeit freut.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau schlägt, da der Geschäftsführer und Schriftführer des Integrationsrates Herr Vetter verhindert ist, gem. § 31 I 2 GeschO des Rates Frau Kremer-Buttkereit für diese Sitzung als Schriftführerin vor.

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis bestätigt nach Abstimmung Frau Kremer-Buttkereit als Schriftführerin der Sitzung. Er teilt mit, dass er sich ebenfalls auf konstruktive Zusammenarbeit freue und sagt Herrn Dr. Rau seine Unterstützung in jedweder Form zu.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgen zwei Hinweise:

Die Verwaltung Frau Rehberg weist nochmals auf die Tagung vom 16.09.2016 (Geflüchtete mit besonderem Schutzbedarf) hin.

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis nimmt Bezug auf eine Beantwortung sowie auf eine Beschlussvorlage aus dem AVR, die aus seiner Sicht zur Vorberatung dem Integrationsrat vorgelegt hätte werden müssen.

Es handelt sich zum einen um die Beantwortung mit der Vorlagen-Nr. 1657/2016 „Einführung des anonymen Bewerbungsverfahrens“, zu der Herr Edis die anwesenden Mitglieder aus dem AVR bittet, darauf hin zu wirken, dass diese Vorlage auch dem Integrationsrat vorgelegt wird.

Zum anderen handelt es sich um eine Beschlussvorlage mit der Vorlagen-Nr. 2109/2016 mit dem Titel „Interkulturelles Maßnahmenprogramm – Erhebung des Anteils von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Zuwanderungsgeschichte der Stadtverwaltung“, in deren Beschlusstext dem AVR der Vorschlag unterbreitet wird, auf diese Maßnahme zu verzichten. Dies sei nicht im Interesse des Integrationsrates. Er bittet auch hier die Mitglieder des AVR, darauf hin zu wirken, dass die Vorlage dem Integrationsrat zur Vorberatung vorgelegt werde. Auch der Beschlusstext solle entsprechend verändert werden.

RM Herr Joisten sagt als AVR-Mitglied zu, diese Hinweise im AVR vorzubringen und macht auf eine weitere Vorlage im AVR mit dem Titel „Errichtung von Containerbauten auf dem Grundstück Eygelshovener Straße“ aufmerksam, die thematisch ebenfalls zur Vorberatung in den Integrationsrat gehöre.

RM Frau Tokyürek bittet alle Mitglieder anderer Ausschüsse, mit darauf zu achten, dass relevante Vorlagen auch jeweils im Integrationsrat vorgelegt werden.

Der stellvertretende Vorsitzende Herr Edis bittet die vorliegende Tagesordnung um folgende Punkte zu ergänzen:

- TOP 1.3 – Beantwortung einer Anfrage bzgl. der verstärkten Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund und Interkulturellen Kompetenz als Kriterium bei städtischen Stellenbesetzungsverfahren
- TOP 3.2 - Beantwortung von Rückfragen zur Einrichtung einer Mehrstelle für Prävention und zum Abbau von Intoleranz, Diskriminierung und Ausgrenzung
- TOP 3.3 - Beantwortung einer Anfrage zum Islamischen Religionsunterricht in Köln – als Tischvorlage
- TOP 4.1 - es liegt bereits die Beantwortung der zu Einstellung von Auszubildenden mit Migrationshintergrund bei der Stadt Köln vor
- TOP 4.2 - Anfrage zur Unterbringung von Geflüchteten in Leichtbauhallen
- TOP 5.11 - Veröffentlichung der Broschüre "Lebendiges Romanes in Köln - in Kitas, Schulen und Lehrer*innenbildung Köln"
- TOP 5.12 - Mitteilung zu KOMM-AN NRW zur Förderung der Integration von Flüchtlingen – als Tischvorlage
- TOP 5.13 - Mitteilung zu zum EHAP-Projekt BONVENA – als Tischvorlage
- TOP 8.5 - Dringliche Beschlussvorlage zur Vergabe der Antirassismus Mittel
- TOP 8.6 - Dringliche Beschlussvorlage zum Ausbau der Angebote "Integrationskurse" und "Berufsbezogene Deutschsprachförderung" – als Tischvorlage

IRM Frau Brunelli bittet darum, TOP 3.3 auf die nächste Sitzung zu verschieben, da sie keine Gelegenheit hatte, die Beantwortung zu lesen.

Die Mitglieder des Integrationsrates stimmen der Vertagung des TOP 3.3 zu.

RM Herr Joisten bittet, auch TOP 5.12 und TOP 5.13 auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Die Mitglieder des Integrationsrates stimmen der Vertagung von TOP 5.12. und TOP 5.13.

IRM Herr Litvinov bittet die Verwaltung zu TOP 5.12 um detaillierte Informationen, welche Institutionen in welcher Höhe Zuschüsse erhalten würden?

Das RM Frau Tokyürek fragt, ob TOP 5.3 nicht mit TOP 5.13 zusammen behandelt werden müsse und bittet Frau Rehberg um ihre Einschätzung.

Die Verwaltung Frau Rehberg empfiehlt aus ihrer Sicht eine gemeinsame Behandlung in der nächsten Sitzung, da es sich um dieselben Fördertöpfe, wenn auch um unterschiedliche Handlungsfelder handele.

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis lässt auch hierüber abstimmen und es wird vereinbart, die TOPs 5.3 und 5.13 auf die nächste Sitzung zu verschieben und dort gemeinsam zu behandeln.

RM Joisten regt an, TOP 5.2 und TOP 5.4, die gemeinsam aus der letzten Sitzung in die 18. Sitzung geschoben wurden, gemeinsam zu behandeln.

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis ergänzt, dass die Verwaltung / Herr Betz, der zur Erläuterung von TOP 5.2 und TOP 5.4 anwesend ist, die Sitzung früher verlassen muss und bittet, diese beiden TOPs als ersten Tagesordnungspunkte vorzuziehen.

Die Mitglieder des Integrationsrates stimmen der geänderten Tagesordnung zu.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen

- 1.1 Anfrage zur Fortschreibung des Gesundheitswegweisers für Kölner*innen mit Zuwanderungsgeschichte gemäß dem Interkulturellen Maßnahmenprogramm AN/1295/2016
- 1.2 Anfrage zur Interkulturellen Öffnung der Suchtberatungsstellen gemäß Interkulturellem Maßnahmenprogramm AN/1296/2016
- 1.3 Beantwortung einer Anfrage des Arbeitskreises 5 im Integrationsrat bzgl. der verstärkten Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund und Interkulturellen Kompetenz als Kriterium bei städtischen Stellenbesetzungsverfahren AN/0686/2016
2740/2016

2 Gleichstellungsrelevante Themen

3 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

- 3.1 Beantwortung der Anfrage: Herkunftssprachlicher Unterricht
1067/2016
- 3.2 Beantwortung von Rückfragen zur Einrichtung einer Mehrstelle für Prävention und zum Abbau von Intoleranz, Diskriminierung und Ausgrenzung
2308/2016
- 3.3 Beantwortung einer Anfrage zum Islamischen Religionsunterricht in Köln
2823/2016

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

- 4.1 Anfrage zur Einstellung von Auszubildenden mit Migrationshintergrund bei der Stadt Köln
AN/1294/2016

Beantwortung der Anfrage AN/1294/2016 Einstellung von Auszubildenden mit Migrationshintergrund bei der Stadt Köln
2777/2016

4.2 Anfrage zur Unterbringung von Geflüchteten in Leichtbauhallen
AN/1338/2016

5 Mitteilungen

5.1 Präventionsprogramme der Stadt Köln "gegen gewaltbereiten Salafismus"
1348/2016

5.2 Kölner Modell zur Förderung und Integration von Flüchtlingskindern im Elementarbereich
1386/2016

5.3 Europäischer Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP)
1609/2016

5.4 Neues Bundesprogramm "SprachKitas - Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist"
1641/2016

5.5 Erstellen eines Integrierten Handlungskonzeptes (IHK) "Starke Veedel - Starkes Köln: mitwirken, zusammenhalten, Zukunft gestalten" für die neue EU-Förderperiode 2014-2020 im Rahmen des Aufrufs der Landesregierung "Starke Quartiere - starke Menschen"
Gemeinsamer Aufruf zu den Programmen des EFRE, des ELER und des ESF (2014-2010) zur präventiven und nachhaltigen Entwicklung von Quartieren und Ortsteilen sowie zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung
2100/2016

5.6 Unterstützung der Projektinitiative "klarkommen".
1655/2016

Beantwortung einer Nachfrage zur Mitteilung Unterstützung der Projektinitiative "klarkommen", 1655/2016
2598/2016

5.7 Förderung Interkultureller Kunstprojekte 2015
2429/2016

5.8 Darstellung der Sparten
hier: Szenebericht Literatur
1895/2016

5.9 Situation des Minderjährigenschutzes in Notunterkünften (AN/1133/2016)
2375/2016

5.10 Beantwortung zur Umsetzung der Schulpflicht für minderjährige Flüchtlinge
2146/2016

- 5.11 Veröffentlichung der Broschüre "Lebendiges Romanes in Köln - in Kitas, Schulen und Lehrer*innenbildung Köln"
2769/2016
- 5.12 KOMM-AN NRW zur Förderung der Integration von Flüchtlingen in den Kommunen - Sachstandsbericht
2859/2016
- 5.13 1. Sachbericht zum EHAP-Projekt BONVENA, Berichtszeitraum 01.01. bis 30.06.2016
2751/2016

6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

- 6.1 Antrag zur Berücksichtigung der ethnischen Vielfalt der Stadt bei der Bebilderung von städtischen Publikationen
AN/1300/2016

7 Berichte

- 7.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen
- 7.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

8 Beschlussvorlagen

- 8.1 Zuschussvergabe 2016 aus Mitteln des Teilergebnisplans 0604 Kinder- und Jugendarbeit;
- Förderung von Familienbildungsstätten und Interkulturelle Elternarbeit;
- Förderung von Hausaufgabengruppen für bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche;
2292/2016
- 8.2 Städtischer Zuschuss an den Träger "Christliche Sozialhilfe Köln e.V." für die Maßnahme "Stadtteilmütter" im Haushaltsjahr 2016
2370/2016
- 8.3 Verteilung von Haushaltsmitteln 2016 - Zuschuss an den Arbeitskreis Ausländisches Kind e. V. Köln
3297/2015
- 8.4 Mittelverteilung 2016 an verschiedene Träger
3371/2015
- 8.5 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2016
2680/2016

- 8.6 Ausbau der Angebote "Integrationskurse" und "Berufsbezogene Deutschsprachförderung" durch das vom Bund aufgelegte neue "Gesamtprogramm Sprache (GPS)" für Menschen mit Migrationshintergrund und Flüchtlinge
2527/2016
- 9 **Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 10 **Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

I. Öffentlicher Teil

1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen

1.1 Anfrage zur Fortschreibung des Gesundheitswegweisers für Kölner*innen mit Zuwanderungsgeschichte gemäß dem Interkulturellen Maßnahmenprogramm AN/1295/2016

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis stellt fest, dass zu diesem TOP keine Rückmeldung der Verwaltung vorliegt.

1.2 Anfrage zur Interkulturellen Öffnung der Suchtberatungsstellen gemäß Interkulturellem Maßnahmenprogramm AN/1296/2016

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis stellt fest, dass auch zu diesem TOP keine Rückmeldung der Verwaltung vorliegt.

IRM Frau Maleki richtet ergänzend die Frage an die Verwaltung, ob es möglich sei, die Informationen über die Öffnung der Suchtberatungsstellen nicht nur mehrsprachig im Internet bereit zu stellen, sondern auch in Druckform (z. B. als Flyer) zu verbreiten.

1.3 Beantwortung einer Anfrage des Arbeitskreises 5 im Integrationsrat bzgl. der verstärkten Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund und Interkulturellen Kompetenz als Kriterium bei städtischen Stellenbesetzungsverfahren AN/0686/2016 2740/2016

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis äußert bezugnehmend auf die Antwort der Verwaltung den Vorschlag, das Personalamt zur nächsten Sitzung einzuladen, um die Hintergründe der Negativentwicklung der Einstellungszahlen zu diskutieren und zu erfahren, wie die Verwaltung hiermit adäquat umgehen wird.

RM Herr Joisten regt an, vor dem Hintergrund der ähnlichen Entwicklung unter TOP 4.1 (Einstellung von Auszubildenden mit Migrationshintergrund) die TOPs zu bündeln und dies in der nächsten Sitzung zusammen mit dem Personalamt zu besprechen.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

2 Gleichstellungsrelevante Themen

3 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

3.1 Beantwortung der Anfrage: Herkunftssprachlicher Unterricht 1067/2016

Die Verwaltung Herr Dr. Rau bittet darum, die Beantwortung der Anfrage auf die nächste Sitzung zu verschieben, da aufgrund eines Wechsels in der Abteilungsleitung des Schulamtes sowie einer urlaubsbedingten Abwesenheit der zuständigen Sachbearbeitung eine Beantwortung von Nachfragen zu diesem TOP nicht möglich sei.

RM Frau Tokyürek bittet die Verwaltung, in der nächsten Sitzung auch die zahlreichen Rückfragen zum TOP zu beantworten.

Der Bitte wird einstimmig entsprochen.

3.2 Beantwortung von Rückfragen zur Einrichtung einer Mehrstelle für Prävention und zum Abbau von Intoleranz, Diskriminierung und Ausgrenzung 2308/2016

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis stellt fest, dass es zu diesem TOP keine Wortmeldungen gibt.

3.3 Beantwortung einer Anfrage zum Islamischen Religionsunterricht in Köln 2823/2016

Wie beschlossen, wird dieser TOP auf die nächste Sitzung verschoben.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

4.1 Anfrage zur Einstellung von Auszubildenden mit Migrationshintergrund bei der Stadt Köln AN/1294/2016

Wie beschlossen, wird dieser TOP auf die nächste Sitzung verschoben.

**Beantwortung der Anfrage AN/1294/2016 Einstellung von Auszubildenden mit Migrationshintergrund bei der Stadt Köln
2777/2016**

4.2 Anfrage zur Unterbringung von Geflüchteten in Leichtbauhallen AN/1338/2016

IRM Herr Abeke bittet darum, dass die Antwort der Verwaltung auch dem Ausschuss Soziales und Senioren vorgelegt wird.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau erläutert, dass Turnhallen und auch Leichtbauhallen aus seiner Sicht schlechte Unterbringungsmöglichkeiten seien. Die Möglichkeiten, Flüchtlinge in normalen Wohnungen unterzubringen, seien jedoch in Köln sehr begrenzt. RM Frau Heuser bemängelt, dass nicht alle Anfragen, die im Rat oder im Ausschuss für Soziales und Senioren behandelt werden und das Thema Unterbringung von Flüchtlingen betreffen, auch dem Integrationsrat vorgelegt werden würden. Sie bittet nochmals alle Anwesenden, darauf zu achten.

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis bittet die Verwaltung ebenfalls darum, dies künftig zu berücksichtigen.

5 Mitteilungen

5.1 Präventionsprogramme der Stadt Köln "gegen gewaltbereiten Salafismus" 1348/2016

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis schlägt vor, zunächst Fragen zu diesem TOP zu sammeln:

RM Frau Tokyürek merkt an, dass die Überschrift irreführend ist, da es um das das Projekt ‚Demokratie leben‘ und nicht um Salafismus gehe.

IRM Frau Brunelli bemängelt, dass keine Träger genannt würden und möchte wissen, wer die Projekte durchführt.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau sagt eine Beantwortung der Nachfragen zu und merkt an, dass das Ministerium für Inneres und Kommunales für den 30.08.2016 eine Sitzung anberaumt habe, in der über den Trägerwechsel von Ditib zu einem anderen Träger beraten werde.

IRM Herr Vallecoccia berichtet, dass eine Nachbarkommune der Stadt Bonn eine Beratungsstelle gegen Radikalisierung und Salafismus habe und fragt nach, ob eine solche Stelle auch sinnvoll für Köln sei.

Die Verwaltung Frau Dahmen berichtet über eine geplante Maßnahme „klarkommen“, die zusammen mit anderen Trägern ins Leben gerufen werden soll. Wann diese Maßnahme in welchen Räumlichkeiten starten kann, sei noch unklar.

IRM Herr Ayata ergänzt, dass es in den nächsten Wochen Seminare in deutsch-türkischer Sprache für die Imame der Moscheen geben werde, um beginnenden Salafismus und Radikalisierung rechtzeitig zu erkennen und ihm zu begegnen.

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis stellt fest, dass eine schnelle Klärung des Nachfolgeträgers sehr wichtig sei.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung zur Kenntnis.

5.2 Kölner Modell zur Förderung und Integration von Flüchtlingskindern im Elementarbereich 1386/2016

Die Verwaltung Herr Karsten Betz (Amt für Kinder, Jugend und Familie, Abteilung Tageseinrichtungen und Tagesbetreuungen für Kinder) stellt die Gesamtstrategie zur frühkindlichen Bildung von Flüchtlingskindern als Stufenplan, beginnend mit der Un-

terbringung in geflüchteten Familien in Erstaufnahmeeinrichtungen bis zu ihrer Versorgung mit Wohnungen vor.

Im Januar/Februar 2016 erfolgte ein entsprechender Auftrag seitens des Jugendhilfeausschusses, die Betreuung von Kindern in Flüchtlingsunterkünften in den Blick zu nehmen und die Ist-Situation zu dokumentieren. In Kooperation mit dem Amt für Wohnungswesen wurde ein Rundschreiben an die Flüchtlingsunterkünfte versandt, mit dem Anzahl und das Alter der Kinder sowie deren Versorgungsmodalitäten abgefragt wurden. Innerhalb von ca. 3 Wochen lagen die Daten mit einer Rückmeldequote von 95% vor. Unterschieden wurde nach den drei unterschiedlichen Unterbringungsmöglichkeiten Notaufnahmeeinrichtungen, Übergangswohnheime sowie Wohnungen.

Die Umfrage hat ergeben, dass zum Stichtag 08.04.2016 insgesamt 345 Kinder in Kindertagesstätten betreut wurden, davon 51 Kinder im U3-Bereich und 294 Kinder im Ü3-Bereich. 1194 Kinder waren unbetreut.

Von insgesamt 1539 Flüchtlingskindern in Köln lebten zum Stichtag in den Erstaufnahmeeinrichtungen 310 U3-Jährige und 403 Ü3-Jährige (insgesamt 713 Kinder). Davon hatten lediglich 30 Kinder (6 U3-Jährige (1,9 %) und 24 Ü3-Jährige (5,9 %) einen Kindergartenplatz.

Dieser Umstand ist jedoch nicht nur auf eine schlechte Versorgungssituation zurückzuführen, sondern auch darauf, dass U3-Kinder grundsätzlich eher selten in Kindergärten angemeldet werden. Zum einen ist diese Form der Betreuungsmöglichkeit oft unbekannt; zum anderen ist möglicherweise die soziale Bindung an das Kind in einer Situation, in der man gerade sein Heimatland verlassen hat und nun mit einer neuen Kultur konfrontiert wird, relativ stark.

Herr Betz stellt fest, dass hier eine große Notwendigkeit besteht, über das Kölner Bildungssystem, vor allem im Elementarbereich, sowie über die verschiedenen Betreuungsmöglichkeiten zu informieren. Hier seien auch niederschwellige Betreuungsangebote notwendig. Zum Beispiel gäbe es eine portable Kita in Köln, ein gemieteter Bus eines Vereins, der zu den einzelnen Flüchtlingsunterkünften fahre. Zielgruppe seien Kinder bis 6 Jahre, es kämen aber oft auch ältere Kinder dazu. Diese Angebote werden gut angenommen und sollten ausgeweitet werden.

Alle Kinder wurden seit dem Start des Projektes auf einer Liste online erfasst, um eine Vermittlung auf einen Platz in einer Kindertagesstätte sicher zu stellen. Dies war ein erster zentraler Schritt um die Betreuungsquote zu steigern.

In den Übergangseinrichtungen sieht die Situation wie folgt aus: Zum Stichtag lebten dort 424 U3-Jährige und 402 Ü3-Jährige, also insgesamt 826 Kinder. Hiervon wurden 45 U3-Jährige (10,6 %) und 270 Ü3-Jährige (67,2 %) in einer Kindertagesstätte betreut, insgesamt also 315 Kinder. Hier ist es wünschenswert, die Quote weiter zu steigern.

Für U3-Kinder sollen niederschwellige Angebote in Form von Schnupperangeboten offeriert werden, um die Hemmschwelle zu senken.

Im Bereich der in Wohnungen lebenden Geflüchteten existieren keine Zahlen bzw. Daten. Somit können hier keine Aussagen zur Versorgungssituation mit Kitaplätzen gemacht werden.

Der JHA bzw. der Rat hat zur Umsetzung des Stufenkonzepts eine Personalstelle bewilligt. Diese/r Sozialarbeiter*in wird die Projektgruppe leiten und u. a. den Fokus auch auf die in Wohnungen untergebrachten Kinder lenken.

Als weitere flankierende Maßnahmen wurde eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen. Damit diese aktiv werden kann, ist die Besetzung der bewilligten Stelle erforderlich.

Weiterhin ist eine regelmäßige Berichterstattung an den Jugendhilfeausschuss vorgesehen (1 x jährlich). In gleichem Rhythmus sollen auch im Integrationsrat die Ergebnisse bzw. Fortschritte vorgestellt werden. Auch sollen die Brückenprojekte regelmäßig evaluiert sowie weitere Umfragen und Auswertungen in den Unterkünften und Kindertagesstätten durchgeführt werden.

Die Verwaltung Herr Betz teilt auf Nachfrage von RM Herrn Erkelenz mit, dass eine Teilnahme an den Brückenprojekten nicht verpflichtend ist. Die Landesmittel wurden auf Antrag ausgeschüttet. Es besteht die Möglichkeit, einen weiteren Antrag zu stellen, der evtl. ebenfalls positiv beschieden wird. Sollte es sich so ergeben, dass die Brückenprojekte gar nicht angenommen werden, würde man sie nach einiger Zeit einstellen.

IRM Frau Brunelli fragt, ob die Flüchtlingskinder in die Kitas zugewiesen werden und wenn dem so sei, ob die Kitas in diesem Falle mit mehr Personal ausgestattet werden bzw. die dortigen Mitarbeiter*innen besondere Schulungen erhalten würden. Sie fragt weiter, wie die weitere Umsetzung des Konzepts erfolgen kann, wenn das nötige Personal bei der Abteilung Tageseinrichtungen und Tagesbetreuungen für Kinder fehle.

IRM Frau Ecken fragt vor dem Hintergrund, dass sich die generelle Flüchtlingssituation täglich verändere wie oft die dargestellten Zahlen aktualisiert werden sollten. Weiter fragt sie, wie flexibel auf die Situation reagieren werden könne, wenn Kinder, die einen Kitaplatz erhalten haben, nach einiger Zeit z. B. von einer Übergangsunterkunft in eine Wohnung umziehen würden.

RM Herr Joisten erkundigt sich, wie die Kommunikation mit den Eltern trotz sprachlicher Barrieren erfolge und ob es hierfür eine Unterstützung gibt.

IRM Herr Vallecoccia fragt nach Kapazitäten in den Kitas. Er fragt weiter, wie die Informationen für Flüchtlingsfamilien gestaltet wurden.

IRM Herr Ayata teilt mit, dass er aus seiner Erfahrung in der Flüchtlingsarbeit im Rechtsrheinischen sagen kann, dass die Familien dort dringend auf Kita- bzw. Schulplätze warten und ein Nicht-Besuch eher daran liegt, dass es keine freien Plätze gibt.

Die Verwaltung Herr Betz beantwortet die Fragen wie folgt:

Die freien Kapazitäten in den Kitas richten sich nach dem Wohnort bzw. dem Bezirk. Man kann nicht pauschal sagen, ob es genug Kapazitäten gebe. Grundsätzlich besteht aber ein großer Bedarf an U3-Plätzen. Die gemeldeten Flüchtlingskinder haben wie alle anderen Kinder auch einen Platz auf einer Liste und erhalten einen Kita-Platz, wenn sie an der Reihe sind.

Das gesamte Informationsmaterial soll in mehrere Sprachen übersetzt werden. Eine Umsetzung ist noch nicht erfolgt und ist abhängig von der Besetzung der neu eingerichteten Stelle.

Die Datenerhebung erfolgt einmal jährlich. Eine monatliche Abfrage bzw. Feststellung, wie viele Kinder in den jeweiligen Unterbringungsarten versorgt sind, wäre grundsätzlich sinnvoll und ist nach Besetzung der o.g. Stelle hinsichtlich einer Leistbarkeit zu prüfen.

IRM Frau Maleki regt vor dem Hintergrund der zu geringen Anzahl an Kita-Plätzen eine Vor-Ort-Versorgung in den Flüchtlingsunterkünften an und nimmt Bezug auf die mobile Kita.

Die Verwaltung Herr Betz informiert darüber, dass eine Umsetzung dieses Vorschlags schwierig ist, da an die Kinderbetreuung in Deutschland bestimmte Rahmenbedingungen wie z. B. sanitäre Einrichtungen geknüpft sind, die in den Unterkünften nicht gewährleistet werden könnten. In neu zu bauenden Unterkünften sollte dieser Aspekt Berücksichtigung finden. Die beschriebene mobile Kita sei allerdings nur ein ergänzendes Angebot und ersetze keinen Kitaplatz.

IRM Frau Brunelli fragt, ob die Kinder im U3-Bereich zusätzlich auch von Tagesmüttern betreut werden.

IRM Frau Giurano erkundigt sich, ob die genannten Zahlen auch die Kinder, die in Turnhallen untergebracht sind, umfassen.

Das beratende Mitglied Herr Prölß merkt an, dass es gut wäre, wenn bezüglich der Kindertagesbetreuung auch mit den Trägern des Auszugsmanagements der Stadt Köln zusammengearbeitet werden könnte.

IRM Frau Ecken bittet darum, dem Integrationsrat die Ergebnisse neuester Auswertungen zur Verfügung zu stellen.

Die Verwaltung Herr Betz antwortet wie folgt:

Hinsichtlich der Betreuung durch Tagesmütter steht seine Abteilung mit der Kontaktstelle Kindertagespflege in Kontakt. Für die Zukunft soll auch diese Möglichkeit ausgeschöpft werden, dass Kinder muttersprachlich von Tagesmüttern betreut werden. Tagesmütter müssen jedoch erst gefunden werden.

Die in Turnhallen untergebrachten Kinder sind in den genannten Zahlen enthalten (Erstaufnahmeeinrichtungen). Die Betreuung hier muss ausgebaut werden, evtl. über Brückenprojekte wie die mobile Kita.

Neue Zahlen zu weiteren Auswertungen werden dem Integrationsrat gerne zur Verfügung gestellt.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung zur Kenntnis.

5.3 Europäischer Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP) 1609/2016

Dieser TOP wurde auf die nächste Sitzung verschoben.

5.4 Neues Bundesprogramm "SprachKitas - Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist" 1641/2016

Die Verwaltung Herr Betz schlägt vor, diesen TOP auf die nächste oder übernächste Sitzung zu verschieben, bis zu diesem Thema eine detailliertere Mitteilung an den JHA gefertigt worden sei. Im Anschluss daran möchte Herr Betz im Integrationsrat dazu berichten.

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis stellt allgemeine Zustimmung fest.

5.5 Erstellen eines Integrierten Handlungskonzeptes (IHK) "Starke Veedel - Starkes Köln: mitwirken, zusammenhalten, Zukunft gestalten" für die neue EU-Förderperiode 2014-2020 im Rahmen des Aufrufs der Landes-

regierung "Starke Quartiere - starke Menschen"
Gemeinsamer Aufruf zu den Programmen des EFRE, des ELER und des ESF (2014-2010) zur präventiven und nachhaltigen Entwicklung von Quartieren und Ortsteilen sowie zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung
2100/2016

Die Verwaltung Herr Dr. Rau berichtet über eine Anhörung des Ministeriums am morgigen Tag in Düsseldorf, die er gemeinsam mit Herrn Höing als Kölner Beigeordnete besuchen wird

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.6 Unterstützung der Projektinitiative "klarkommen".
1655/2016

RM Frau Tokyürek erinnert an die Zusage des Stadtdirektors und bittet nochmals um Klarstellung, welche Ziele das Projekt konkret hat. Die Schlagworte „Kriminalprävention“ und „migrationsspezifische Maßnahmen“ werden genannt, ohne klarzustellen, was die Maßnahme bezweckt.

IRM Frau Brunelli bittet um Erstellung eines Berichts, der klarstellt, an wen sich das Projekt konkret richtet und die Inhalte sowie die Ergebnisse erläutert.

Beantwortung einer Nachfrage zur Mitteilung Unterstützung der Projektinitiative "klarkommen", 1655/2016
2598/2016

5.7 Förderung Interkultureller Kunstprojekte 2015
2429/2016

RM Herr Joisten lobt die Maßnahme insgesamt und bemängelt, dass die Vorlage nicht sehr detailliert sei.

IRM Herr Bayrakcioglu erinnert an einen Anfang des Jahres vom Integrationsrat in den Ausschuss Kunst und Kultur weitergeleiteten Antrag zur Finanzierung eines Oratoriums. Er bittet um Beantwortung der Frage, warum das Kulturamt hier keine Zuschüsse bereitgestellt habe.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.8 Darstellung der Sparten
hier: Szenebericht Literatur
1895/2016

IRM Frau Brunelli fragt, warum es keine interkulturellen Aspekte im Szenebericht Literatur gibt. Entweder gebe es in Köln keine interkulturellen Aspekte oder sie wurden nicht dargestellt.

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis bekräftigt diesen Einwand.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau sagt zu, das Kulturamt hier um Nachbesserung zu bitten.

RM Herr Joisten fragt nach, wer sich konkret hinter den Sparten verbirgt und bittet um Aufklärung.

RM Frau Heuser regt an, im Rahmen der Erneuerung des Berichtwesens eine Vereinheitlichung dahingehend zu bewirken, dass pro Sparte ein einheitlicher Bericht an die Ausschüsse verfasst wird.

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis weist darauf hin, dass es sich um einen Beschluss aus dem Kulturausschuss handele und Änderungen nicht ohne weiteres vorgenommen werden können. Gleichwohl betont er, dass nachgebessert werden müsse, wenn entsprechender Bedarf besteht.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.9 Situation des Minderjährigenschutzes in Notunterkünften (AN/1133/2016) 2375/2016

Das beratende Mitglied Herr Prölß stellt fest, dass die Mitteilung nur aussagt, dass es kein Gewaltschutzkonzept gibt, dass es erarbeitet werden soll, aber nicht wann und von wem. Stattdessen soll es eine Kooperation zwischen dem Jugendamt, Wohnungsamt und den Betreibern geben. Er kritisiert die Vorgehensweise in dieser Reihenfolge und merkt an, dass man darüber hinaus die kürzlich gegründete Ombudsstelle für Flüchtlinge in die Kooperation mit einbeziehen sollte. Ausdrücklich kritisiert er den vorletzten Satz der Mitteilung, dass eine zeitweilige Unterbringung in Turnhallen nicht zu vermeiden ist.

Auch RM Herr Joisten bekräftigt, dass es höchste Priorität haben muss, eine Unterbringung in Turnhallen zu beenden bzw. zu vermeiden, insbesondere bezogen auf besonders schutzbedürftige Personen wie Kinder und werdende/stillende Mütter. Er bittet um eine neue Mitteilung mit Berücksichtigung der besonders schutzbedürftigen Personengruppen.

RM Frau Heuser ergänzt, dass neben festzulegenden Mindeststandards auch in Bezug auf den Brandschutz eine Kontrolle der Einrichtungen stattfinden muss. Es muss darüber hinaus sichergestellt werden, dass auch Sicherheitspersonal zuverlässig ist.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau bestätigt, dass es bereits besondere Unterkünfte gibt, in denen vorwiegend Familien und schwangere Frauen untergebracht sind. Er bittet darum, auch das bislang Erreichte zu sehen und dies wertzuschätzen. Nichtsdestotrotz muss mit Hochdruck weiter an Verbesserungen gearbeitet werden.

Im Hinblick auf die Kontrolle der Sicherheitsdienste ist festzustellen, dass der beauftragte Unternehmer vertragswidrig Subunternehmer beauftragt hat und nun künftig von Aufträgen ausgeschlossen wird. Die Verwaltung Frau Rehberg weist Bezug nehmend auf den Beitrag von Herrn Prölß nochmals auf einen Workshop der Fachtagung Geflüchtete mit besonderem Schutzbedarf am 16.09.2016 hin, der das Thema Schutzkonzepte für Kinder beinhaltet.

RM Frau Heuser ergänzt nochmals, dass die Missstände bzgl. der Sicherheitsfirmen nicht von der Verwaltung, sondern von extern aufgedeckt wurden, und dass es sinnvoll wäre, wenn man eine Kontrollinstanz einrichten würde, die unangekündigte Kontrollen durchführt, um diese Situationen zu vermeiden.

Das beratende Mitglied Herr Prölß betont, dass er mit seinem Beitrag nicht die Mitarbeiter der Verwaltung oder deren Arbeit angreifen wollte, sondern dass es Verbesserungsbedarf bei der Konzeptentwicklung gibt.

IRM Herr Bayrakcioglu fragt, ob bei der Unterbringung von Flüchtlingen unterschiedliche Ethnien berücksichtigt werden.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau teilt mit, dass es keine Zuweisungskriterien gibt, die über männlich/weiblich sowie mit/ohne Familie hinausgehen. Die Verwaltung Herr Dommer (Sprecher des Flüchtlingskoordinators) ergänzt, dass das Wohnungsamt sich darum bemüht, dass konfliktrichtige Gruppen nicht zusammen untergebracht werden, wenn die Problematik im Voraus erkennbar ist.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.10 Beantwortung zur Umsetzung der Schulpflicht für minderjährige Flüchtlinge
2146/2016**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.11 Veröffentlichung der Broschüre "Lebendiges Romanes in Köln - in Kitas, Schulen und Lehrer*innenbildung Köln"
2769/2016**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**5.12 KOMM-AN NRW zur Förderung der Integration von Flüchtlingen in den Kommunen - Sachstandsbericht
2859/2016**

Dieser TOP wurde auf die nächste Sitzung geschoben.

**5.13 1. Sachbericht zum EHAP-Projekt BONVENA, Berichtszeitraum 01.01. bis 30.06.2016
2751/2016**

Dieser TOP wurde auf die nächste Sitzung geschoben.

6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

**6.1 Antrag zur Berücksichtigung der ethnischen Vielfalt der Stadt bei der
Bebilderung von städtischen Publikationen
AN/1300/2016**

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis erläutert, dass Hintergrund des Antrags die Bebilderung des Flyers zur Wahl des Seniorenvertreters/der Seniorenvertreterin kurz vor der Sommerpause war, der die Stadtgesellschaft nicht realistisch widerspiegelte, d. h. es waren keine Menschen mit Migrationshintergrund abgebildet.

Die Verwaltung Herr Timmer präsentiert einige Beispiele die zeigen sollen, dass die Bebilderung städtischer Informationen nicht nur mono-ethnisch ist. Er nimmt Bezug auf den Beitritt der Stadt Köln zur Charta der Vielfalt und führt aus, dass das Amt für Presse und Öffentlichkeitsarbeit darauf achtet, diese Vielfalt in städtischen Informationsdokumenten darzustellen. Nicht immer seien diese offensichtlich erkennbar, kön-

nen aber dennoch vorhanden sein. Die Auswahl der Bebilderung erfolgt in Absprache mit den Fachämtern. Fotos werden teilweise durch die Fachämter erstellt, häufig werden jedoch sog. Stockfotografien von Agenturen verwendet. Dies erfolgt u.a. vor dem Hintergrund der Rechte am Bild. Es ist auch die kostengünstigere Alternative zu eigens zum Anlass angefertigten Fotos. Herr Timmer nimmt auch Bezug auf die Bebilderung zu den Wochenmärkten und weist darauf hin, dass die Vielfalt hier in der letzten Bildkampagne umgesetzt wurde.

IRM Frau Giurano betont, dass dieser Antrag konkrete Gründe hatte und dass eine Darstellung eines afrikanischen Kochs auf dem Wochenmarkt nicht ausreichend ist, Vielfalt darzustellen. Es muss viel mehr darauf geachtet werden, dass die Vielfalt offensichtlich erkennbar dargestellt wird und alle Nationen berücksichtigt.

IRM Frau Brunelli schließt sich dem Redebeitrag an und stellt fest, dass die Deutsche Bahn Vielfalt in ihrer Printwerbung sehr viel offensichtlicher umsetzt.

IRM Herr Abeke ergänzt, dass sich Menschen afrikanischer Herkunft üblicherweise nicht auf städtischen Bebilderungen wiederfinden und schließt sich den Ausführungen von Frau Giurano an.

RM Herr Erkelenz möchte sich im Namen der CDU der Stimme enthalten. Er sieht den Antrag mehr oder weniger als erledigt an, da Vielfalt in vielen, wenn auch nicht in allen städtischen Publikationen gleich deutlich, dargestellt werde.

Die Verwaltung Herr Timmer merkt an, dass das Bild zur Wahl der Seniorenvertretung die aktuell tätigen Personen zeigt und dass das zweite Mädchen auf dem I-Dötzchen-Foto italienisch-stämmig ist, was man aber nicht offensichtlich sehen könne.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau schlägt vor, die Verwaltung bei den Bemühungen um eine angemessene Bebilderung der städtischen Publikationen als lernendes System zu verstehen, welches sich weiter fortentwickeln muss. Herr Dr. Rau stellt in diesem Zusammenhang die Frage, ob man sich nicht auf eine Sprache als vereinendes Kulturelement einigen sollte, um Kommunikation untereinander möglich zu machen, und es eben keine mehrsprachigen Flyer etc. geben sollte. Diese grundlegende Frage sollte in nächster Zeit auch mit dem Integrationsrat diskutiert werden.

IRM Herr Vallecoccia regt an, sich bei der Frage der bildlichen Darstellung einer vielfältigen Gesellschaft z. B. bei der Universität Köln Rat einzuholen, um nicht gewollt oder ungewollt Diskriminierung zu reproduzieren.

IRM Herr Bayrakcioglu würdigt, dass die Verwaltung trotz aller Kritik auch in der Vergangenheit bereits häufiger Menschen mit Migrationshintergrund in der Bebilderung aufgenommen hat. Es gebe aber durchaus Verbesserungspotential.

RM Frau Tokyürek teilt mit, dass es in bestimmten sensiblen Bereich wie im Bereich Ausbildung oder Personalbeschaffung generell wichtig ist, dass sich alle diejenigen, die sich bewerben sollen, auch von den Flyern angesprochen fühlen und deshalb auch darauf erkennbar dargestellt werden sollten.

RM Herr Joisten fasst zusammen, dass die Verwaltung dort, wo es sinnvoll und notwendig ist, die Vielfalt der Stadtgesellschaft abzubilden, dies auch umsetzen sollte. Es muss dabei auch erkennbar visualisiert werden, dass die Menschen einen Migrationshintergrund haben. Dem Vorhaben „Lernende Organisation“ von Herrn Dr. Rau stimmt er zu.

RM Frau Sommer gibt zu bedenken, dass die Formulierung „künftige angemessene Berücksichtigung“ der Darstellung der Vielfalt bei entsprechender Beschlussfassung einen gewissen Druck auf die Ersteller der Publikationen ausübt und eine Art „Knebelwirkung“ entfaltet.

IRM Herr Legewie betont, dass die Vielfalt in Köln Normalität ist und dass städtische Publikationen situationsangemessen sein müssen. Darüber hinaus informiert er darüber, dass das Thema „mehrsprachige Informationsbroschüren“ bereits vor langer Zeit aktuell war und dass man nicht wieder dahin zurückkommen möchte, dass als einzige Sprache nur Deutsch relevant ist und berücksichtigt werden darf.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau verweist darauf, dass das Thema selbstverständlich sowohl im Diversity Konzept wie auch in der Gesamtstrategie Diversity bedacht ist.

RM Herr Erkelenz schlägt zwei Wortänderungen in der Beschlussfassung vor: „künftig konsequent“ soll durch „künftig verstärkt“ ersetzt werden und „ethnisch“ soll gestrichen werden. Hinsichtlich des Diversity-Konzepts müsste ein Zusatz formuliert werden.

IRM Herr Abeke ergänzt, dass entsprechende Aktivitäten kontinuierlicher Natur sein müssen, nicht nur beispielsweise vor den Wahlen.

IRM Frau Giurano kommt zurück auf das Thema „mehrsprachige Informationsbroschüren“ und betont, dass auch diejenigen Bürger, die zwar seit 50 Jahren in Köln leben, aber keine ausreichenden Deutschkenntnisse haben, von städtischen Flyern für beispielsweise die Wahl des Seniorenvertreters angesprochen werden müssen und dass sie sich wünscht, dass die Mehrsprachigkeit gewährleistet wird.

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis ergänzt, dass mit den Flyern zur Wahl des Seniorenvertreters explizit auch Migranten angesprochen werden sollten. Mit dem Antrag sollte klargestellt werden, dass die bisherigen Bemühungen der Verwaltung, die Stadtgesellschaft bunt, so wie sie ist, darzustellen, nicht ausreichend sind. Der Flyer zur Wahl des Seniorenvertreters waren hier nur ein Beispiel. Zum Thema Mehrsprachigkeit führt er aus, dass diese wertgeschätzt und auch dargestellt werden sollte und dass die Gesellschaft dadurch bereichert wird.

Die Verwaltung Frau Rehberg führt aus, dass das Thema „Bebilderung“ vor dem Hintergrund der Vielfalt breit aufgestellt werden muss. Über die ethnische Vielfalt müssen beim Thema Bebilderung alle Aspekte von Vielfalt beachtet werden. Deshalb auch die Themen LST (Lesben, Schwule und Transgender), Geschlecht, Alter, Religion und Behinderung. Aus diesem Grund schlägt Frau Rehberg vor, alle Gruppen aufzuzählen
IRM Herr Vallecoccia erklärt sich mit einer Ergänzung des Antrags, nicht aber mit einer totalen Umformulierung wie einem Weglassen der Worte „künftig konsequent“, einverstanden.

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis möchte mit dem Antrag eine Akzentuierung setzen und ihn so wie er ist, belassen.

IRM Herr Legewie stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, über den Antragstext ohne Abänderung abzustimmen und evtl. ins Beschlussprotokoll aufzunehmen, dass eine Diskussion zum Thema gestartet wird.

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis lässt zunächst über diesen Antrag abstimmen. Einstimmig wird beschlossen, entsprechend vorzugehen.

Im Anschluss lässt der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis über den TOP 6.1 abstimmen.

Beschluss:

„Der Integrationsrat bittet den Rat der Stadt Köln die Verwaltung aufzufordern, bei der Gestaltung und insbesondere der Bebilderung städtischer Publikationen (Plakate, Flyer, Informationsbroschüren etc.) künftig konsequent auf eine angemessene Berücksichtigung der ethnischen Vielfalt in Köln zu achten.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt ohne Enthaltungen.

7 Berichte

7.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen

Zu diesem TOP liegen keine Informationen vor.

7.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

Zu diesem TOP liegen keine Informationen vor.

8 Beschlussvorlagen

8.1 Zuschussvergabe 2016 aus Mitteln des Teilergebnisplans 0604 Kinder- und Jugendarbeit;

- Förderung von Familienbildungsstätten und Interkulturelle Elternarbeit;
 - Förderung von Hausaufgabengruppen für bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche;
- 2292/2016**

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis weist vor der Abstimmung auf eine mögliche Befangenheit von Mitgliedern im Integrationsrat hin. Er bittet die entsprechenden Mitglieder, sich zunächst zu melden und nicht an der Diskussion teilzunehmen und sich bei der Abstimmung zu enthalten.

IRM Frau Brunelli bemängelt, dass häufig die Berichte über die Projekte zu dünn sind und nicht detailliert genug erläutern, welches Geld wofür ausgegeben werden soll. Konkret möchte sie wissen, was kleine und große Gruppen sind und für was das Geld konkret verwendet werden soll.

IRM Herr Vallecoccia merkt an, dass das freizugebende Geld vermutlich projektbezogen ist und dass anzunehmen ist, dass über die Verwendung des Geldes Berichte geschrieben werden.

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Der Integrationsrat beschließt folgende Empfehlung:

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2016, die im Haushaltsjahr 2016 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in Höhe von 899.150 Euro an die Träger gemäß Anlagen 1 und 2 zur Förderung der aufgeführten Maßnahmen wie folgt zu gewähren:

- Förderung von Familienbildungsstätten und Interkultureller Elternarbeit an die gemäß Anlage 1 aufgeführten Träger in Höhe von insgesamt 488.700 Euro
- Förderung von Hausaufgabengruppen für bildungsbenachteiligte Kinder und Jugendliche an die gemäß Anlage 2 aufgeführten Träger in Höhe von insgesamt 410.450 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt ohne Enthaltungen.

Frau Giurano und Herr Legewie haben aus Gründen der Befangenheit weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teilgenommen.

8.2 Städtischer Zuschuss an den Träger "Christliche Sozialhilfe Köln e.V." für die Maßnahme "Stadtteilmütter" im Haushaltsjahr 2016 2370/2016

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Der Integrationsrat beschließt folgende Empfehlung:

Beschlussvorschlag einschl. Deckungsvorschlag

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung für den Doppelhaushalt 2016/2017, die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 232.000,00 Euro für die Maßnahme „Stadtteilmütter“ an den Träger „Christliche Sozialhilfe Köln e.V. (CSH e.V.)“ zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt ohne Enthaltungen.

8.3 Verteilung von Haushaltsmitteln 2016 - Zuschuss an den Arbeitskreis Ausländisches Kind e. V. Köln 3297/2015

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Der Integrationsrat beschließt folgende Empfehlung:

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2016, die im Haushaltsjahr 2016 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel in Höhe von 99.300 Euro für den Verein „Arbeitskreis für das ausländische Kind e. V.“ zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt ohne Enthaltungen.

8.4 Mittelverteilung 2016 an verschiedene Träger 3371/2015

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Der Integrationsrat beschließt folgende Empfehlung:

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2016, die im Haushaltsjahr 2016 jeweils zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel den folgenden Trägern zu gewähren:

„Waage Köln e.V.“	39.500,00 Euro
„Lobby für Mädchen e.V.“	109.300,00 Euro
„Zartbitter e.V.“	117.000,00 Euro
„Rom e.V.“ (Projekt: Amaro Kher)	115.700,00 Euro
„Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.“	518.520,00 Euro

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt ohne Enthaltungen.

**8.5 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2016
2680/2016**

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Der Integrationsrat beschließt folgende Empfehlung:

Beschluss:

Im Haushaltsplan 2016/2017 im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Leistungen und interkulturelle Hilfen, unter Zeile 15, Transferleistungen sind für 2016 Mittel für Antirassismus-Training 2016 in Höhe von 10.000 € veranschlagt. Darüber hinaus sind Mittel aus dem „Integrationsbudget“ in Höhe von 40.000 €/Jahr für Antirassismus-Training veranschlagt, so dass insgesamt 50.000 € für die Förderung von Antirassismus-Projekten zur Verfügung stehen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren in seiner Sitzung am 09.06.2016 beschlossen, aus diesen Mitteln ein Projekt mit 2.000 € zu fördern.

Aus den verbleibenden Mitteln in Höhe von 48.000 € werden in einem zweiten Schritt Mittel für weitere Maßnahmen im Rahmen des Antirassismus-Trainings im Jahr 2016 in einer Gesamthöhe von 6.400 € an zwei Träger gemäß Anlage 1 – unter dem Vorbehalt des Inkrafttretens der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 – vergeben.

Die voraussichtlich verbleibenden Mittel in Höhe von 41.600 € werden in weiteren Schritten möglichst nach Genehmigung des Haushaltes 2016/2017 vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt ohne Enthaltungen.

**8.6 Ausbau der Angebote "Integrationskurse" und "Berufsbezogene Deutschsprachförderung" durch das vom Bund aufgelegte neue "Gesamtprogramm Sprache (GPS)" für Menschen mit Migrationshintergrund und Flüchtlinge
2527/2016**

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Der Integrationsrat beschließt folgende Empfehlung:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Fortsetzung verschiedener Ratsbeschlüsse der vergangenen Jahre das von den Bundesministerien für Arbeit und Soziales (BMAS) sowie des Inneren (BMI) neu entwickelte Gesamtprogramm Sprache (GPS) umzusetzen. Das Programm umfasst zukünftig sowohl die jetzigen Integrationskurse als auch die berufsfördernden Deutschsprachkurse und stellt für die Volkshochschule einen weiteren erheblichen Ausbau des Sprachförderangebots dar.

Das GPS startete bundesweit bereits am 01.07.2016 parallel zu dem aktuell laufenden und aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanzierten Programm „Berufsbezogene Sprachförderung“. Die „Berufsbezogene Sprachförderung“ wird ab 01.07.2018 vollständig als Regelinstrument in das GPS integriert. Die für die ESF-Maßnahmen befristet bis 31.12.2018 bereitgestellten Stellen werden bis zum 30.06.2018 besetzt (Stellenabsetzung erfolgt zum Stellenplan 2019).

Der Rat beschließt unter Berücksichtigung eines erforderlichen Vorlaufs zur Sicherstellung der Rahmenbedingungen für die Umsetzung des GPS ab 01.01.2017 die Einrichtung folgender zusätzlicher drittmittelfinanzierter Planstellen zum Stellenplan 2018:

a) für den Bereich der **Integrationskurse** zusätzlich zu den vorhandenen Planstellen:

Zeitraum ab 01.01.2017 (unbefristet)

1,0 pädagogischer Mitarbeiter VGr. II, FGr. 1a BAT (EG 13 TVöD)

0,5 Stelle VA VGr. III/II, FGr. 1a BAT (EG 12 TVöD)

1,5 Stelle VA VGr. Vc, FGr. 1a BAT (EG 8 TVöD)

1,0 Stelle VA VGr. VI b, FGr. 1a BAT (EG 6 TVöD)

b) für den Bereich der **Berufsbezogenen Sprachförderung**:

ab 01.01.2017 (unbefristet zusätzlich parallel zu den ESF-Kursen)

1,0 Stellen pädagogischer Mitarbeiter, VGr. II, FGr. 1a BAT (EG 13 TVöD)

1,0 Stelle VA VGr. III/II, FGr.1a BAT (EG 12 TVöD)

1,0 Stellen Sozialarbeiter/-pädagogin (EG S 11 b TVöD)

1,0 Stelle VA VGr. V c, FGr.1a BAT (EG 8 TVöD)

1,0 Stelle VA VGr. VI b, FGr. 1a BAT (EG 6 TVöD)

Aufgaben im Rahmen der Hutträgerschaft (befristet bis 31.12.2019):

1,00 Stelle VA VGr. VI b, FGr. 1a BAT (EG 6 TVöD)

für den Bereich der Hausverwaltung ab 01.01.2018

0,5 Stelle Hilfshausmeister VA VGr. VII FGr. 1a BAT (EG 5 TVöD)

Da eine Stellenbesetzung ab 01.01.2017 erforderlich ist, werden bis zum Inkrafttreten des Stellenplanes 2018 verwaltungsintern Verrechnungsstellen bereitgestellt. Die Verwaltung wird beauftragt, eine umgehende Besetzung der Stellen zu ermöglichen. Für die Dauer der Hutträgerschaft werden die entsprechenden Stellen nach Bedarf besetzt.

ab 01.07.2018 (nach Auslaufen der ESF-Kurse) unbefristet

1,5 Stellen pädagogischer Mitarbeiter, VGr. II, FGr. 1a BAT (EG 13 TVöD)

0,5 Stelle VA VGr. III/II, FGr.1a BAT (EG 12 TVöD)

2,0 Stellen Sozialarbeiter/-pädagoge (EG S 11 b TVöD)

0,75 Stellen VA, VGr. Vc BAT, FGr. 1a BAT (EG 8 TVöD)

2,0 Stellen VA VGr. VI b, FGr. 1a BAT (EG 6 TVöD)

Aufgaben im Rahmen der Hutträgerschaft (befristet bis 31.12.2019):

0,5 Stellen VA VGr. VI b, FGr. 1a BAT (EG 6 TVöD)

Der Höchstförderbetrag richtet sich nach den Vorgaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF).

In Folge der Umsetzung des GPS beschließt der Rat die überplanmäßige Mittelbereitstellung im Teilergebnisplan 0414, Volkshochschule, in 2017 bei

Teilplanzeile 11,	Personalaufwendungen, von	629.350,00 €
Teilplanzeile 13,	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen von	1.014.547,79 €
Teilplanzeile 14,	Bilanzielle Abschreibungen, von	24.998,19 €
Teilplanzeile 16	Sonstige ordentl. Aufwendungen, von	283.420,00 €
	Mehrbedarf gesamt	1.952.315,98 €

Die Deckung des Mehrbedarfs erfolgt im selben Teilergebnisplan durch Mehrerträge in Teilplanzeile 2, Zuwendungen und allg. Umlagen, durch Zuwendungen des Bundes von 1.951.632,40 € sowie Wenigeraufwendungen bei Teilplanzeile 16, Sonstige ordentl. Aufwendungen, von 683,58 €.

Zur Ausstattung der notwendigen Arbeitsplätze und der Seminarräume beschließt der Rat weiterhin für 2017 die überplanmäßige Bereitstellung von investiver Auszahlungsermächtigung im Teilfinanzplan 0414, Volkshochschule, Teilplanzeile 9, Auszahlung für den Erwerb v. beweglichem Anlagevermögen, von 172.443,91 € bei Finanzstelle 0000-0414-0-0001, Beschaffung bewegliches Anlagevermögen. Die Deckung erfolgt durch Wenigerauszahlungen in entsprechender Höhe im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben, Zeile 9, Auszahlung für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, Finanzstelle 4016-0301-0-4500, Fachraumeinrichtung.

Die zur Fortführung des Programms benötigten Aufwendungen und Erträge bzw. investive Auszahlungsermächtigungen werden bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2018 entsprechend berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt ohne Enthaltungen.

9 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

Zu diesem TOP liegen keine Informationen vor.

10 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates

IRM Herr Vallecoccia fragt nach dem Sachstand der Zurverfügungstellung von digitalisierten Unterlagen für die Integrationsratssitzung via I-pads.

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis teilt mit, dass die Anzahl der zu bestellenden I-pads entsprechend der Bestellungen des Integrationsrates erhöht wurde, so dass eine Zurverfügungstellung der Unterlagen demnächst möglich sein wird.

RM Frau Tokyürek hat mit Frau Dahmen darüber gesprochen, dass dem Integrationsrat berichtet werden sollte, was sich anlässlich des Inkrafttretens des Integrationsgesetzes in der Verwaltung ändert.

IRM Herr Abeke weist auf die Einladung zur Tagung am 09.09.2016 mit dem Thema „Rassismus und Männlichkeit“ hin.

IRM Frau Giurano fragt, ob es genaue Zahlen dazu gibt, wie viele der derzeit mit Flüchtlingen belegten Turnhallen demnächst geräumt werden können, ob es eine Prioritätenliste gibt und in welchen Zeitabständen die Räumungen geplant sind.

Die Verwaltung Herr Dr. Rau teilt mit, dass die auch in der Presse veröffentlichte Liste Gültigkeit hat und davon nur evtl. gering abgewichen wird. Eine Festlegung auf bestimmte Zeitpunkte der Räumung existiert nicht.

Der stellvertretene Vorsitzende Herr Edis bedankt sich und schließt die Sitzung.